



An den Grossen Rat

15.5145.01

Regiokommission
Basel, 18. März 2015

Kommissionsbeschluss vom 13. März 2015

**Bericht der Regiokommission zu ihrer Tätigkeit in der ersten
Legislaturhälfte 2013/2017**

**inklusive Bericht der Schweizer Delegationen des Districtsrats und des
Oberrheinrats zur Kooperation im Trinationalen Eurodistrict Basel und
der Oberrheinregion**

Inhalt

1. Einleitung	3
2. Tätigkeit und Einschätzungen der Regiokommission	3
2.1 Behandelte Themen als Sachkommission	3
2.1.1 Grenzüberschreitende Sicherheit und Katastrophenhilfe	3
2.1.2 Grenzüberschreitender Verkehr	4
2.1.3 Grenzüberschreitender Bildungs- und Kulturaustausch	5
2.1.4 Fusionsinitiative der beiden Basel	6
2.2 Kooperationsstrukturen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	7
3. Empfehlungen	8
4. Antrag	9

Anhänge

Bericht der Schweizer Delegation des Districtsrates

Bericht der Schweizer Delegation des Oberrheinrates

Glossar

1. Einleitung

Die Regiokommission ist zur periodischen Berichterstattung über die Aktivitäten ihrer Mitglieder in den trinationalen Gremien Oberrheinrat und Districtsrat verpflichtet. Sie nutzt die Gelegenheit, um über ihre wichtigsten Aktivitäten als Sachkommission zu berichten und Empfehlungen zur Kantons- und Landesgrenzen überschreitenden Zusammenarbeit zu formulieren. Der Bericht bezieht sich auf die 1. Legislaturhälfte (2013 bis Februar 2015).

Die Berichterstattung zu den trinationalen Gremien Districtsrat und Oberrheinrat erfolgt erstmals durch die Delegierten der Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Solothurn sowie – im Fall des Oberrheinrats – Jura. Die Berichte finden sich im Anhang zum Kommissionsbericht.

Für den Grossen Rat stellt die Regiokommission alle Sitze in den trinationalen Gremien. (Zusammensetzung siehe jeweils S. 3 der Delegationsberichte)

2. Tätigkeit und Einschätzungen der Regiokommission

2.1 Behandelte Themen als Sachkommission

Die Regiokommission hat von Februar 2013 bis Januar 2015 total 26 Sitzungen abgehalten. Dabei hat sie sieben Sachgeschäfte behandelt und zwei Bildungsreisen (Regio-Reisen) sowie zwei Tagungen durchgeführt.

Die Kommission hat zu Beginn der Legislatur **vier Themenschwerpunkte** festgelegt, die im Verlauf der Legislatur vertieft werden sollen. Es handelt sich um die Themen Sicherheit und Katastrophenhilfe, Verkehr, Bildungs- und Kulturaustausch – immer aus dem kantons- und landesgrenzenüberschreitenden Blickwinkel – sowie um die Fusionsinitiative der beiden Basel.

2.1.1 Grenzüberschreitende Sicherheit und Katastrophenhilfe

Am 28. Januar 2015 liess sich die Kommission zusammen mit der Justiz- und Sicherheitskommission des Landrats sowie einzelnen Mitgliedern der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission des Grossen Rates die trinationale Zusammenarbeit im Katastrophenschutz und in der Katastrophenhilfe sowie die Zusammenarbeit der Grenzwaache mit den in- und ausländischen Partnern erklären. Die Verantwortlichen der Krisenorganisation von BL und BS zeigten auf, dass interkantonal und am Oberrhein ein dichtes Netz an Abkommen zur gegenseitigen Hilfe und Information besteht. Zudem werden Szenarien beübt, wobei allerdings noch grosse Koordinationsmängel zutage treten, wie u.a. die letzte Gesamtnotfallübung Odysseus 2013 zeigte. Trotz guten Einvernehmens besteht beispielsweise noch Optimierungsbedarf bei der interkantonalen und internationalen Kommunikation. So gibt es kein gemeinsames Funknetz für Sicherheits- und Rettungsdienste – das auf Schweizer Seite eingesetzte System POLYCOM funktioniert nicht über die Landesgrenze. Weiter ergeben sich insbesondere mit Frankreich Sprachprobleme. Die Kantone wünschen sich insgesamt eine stärkere Unterstützung durch den Bund.

Defizite zeigten sich auch bei der Erdbebenvorsorge. Zwar werden seit 2004 überlebenswichtige Gebäude auf ihre Erdbebensicherheit untersucht und erdbebensicher gemacht. Die baselstädtischen Verantwortlichen planen auch, in den nächsten Jahren eine Schadenskarte zu

erstellen, um Schadensfolgen an einem bestimmten Ort aufgrund der Erdbebenstärke und des Untergrunds abschätzen zu können. Die Schaffung einer nationalen Erdbebenversicherung wurde auf Bundesebene bisher jedoch bedauerlicherweise abgelehnt¹, sodass die betroffenen Kantone – allen voran Basel-Stadt und Wallis – bei der Erdbebenvorsorge auf sich alleine gestellt sind. Beim Lawinenschutz spielt die nationale Solidarität, obwohl städtische Kantone von diesem Risiko kaum betroffen sind. Es ist nichts als folgerichtig, diese Solidarität auch bei der Erdbebenvorsorge einzufordern. Die Regiokommission setzt sich deshalb, wenn möglich in Zusammenarbeit mit der landrätlichen Partnerkommission, für die Einreichung einer Standesinitiative zur Schaffung einer nationalen Erdbebenversicherung ein². Damit werden auch laufende Bemühungen auf Bundesparlamentsebene unterstützt.

Die Grenzwaache, die der Kommission ihre tägliche Arbeit am Autobahnzoll Basel-Weil vorführte, schätzte die Zusammenarbeit mit Frankreich und Deutschland ebenfalls als grundsätzlich gut ein. Es fänden sehr regelmässige Informations- und Lageaustausche sowie gemeinsame Aktionen statt. So erfolge die Kontrolle im internationalen Bahnverkehr heute mit gemeinsamen Teams. Die Verantwortlichen betonten, dass das Schengen-Abkommen zu keinem Abbau, sondern lediglich zu einer Verlagerung von Grenzkontrollen in den rückwärtigen Raum geführt hat. Die grösste Problematik in Bezug auf die Kriminalität sei die Aufhebung der Visumpflicht mit Ländern wie insbesondere Rumänien. Verbesserungsbedarf sah die Grenzwaache ebenfalls bei der Einsatzkommunikation (gemeinsamer Funkkanal). Weiter seien mit dem gegenwärtigen Personalbestand in Zeiten hohen Einkaufsverkehrs nur äusserst beschränkte Warenkontrollen möglich.

2.1.2 Grenzüberschreitender Verkehr

Regierungsrat Hans-Peter Wessels legte der Kommission am 8. Mai 2013 die wichtigsten grenzüberschreitenden Verkehrsprojekte dar. Dazu gehören nebst der bereits realisierten Verlängerung der Tramlinie 8 die Verlängerung der Tramlinien 3 und 6 sowie der Bau neuer Tramlinien nach Huningue, Hégenheim und den Rheinhäfen. Wichtig erscheint der Kommission die gleichzeitige Sicherstellung von P+R bzw. B+R Massnahmen zur optimalen Entfaltung des Öffentlichen Verkehrs.

Auf Einladung von Oberbürgermeister Wolfgang Dietz besuchte die Kommission am 23. August 2013 Weil am Rhein, mit gegen 30'000 Einwohnern die zweitgrösste Nachbarstadt Basels nach Lörrach. Die Kommission liess sich das Kulturzentrum Kesselhaus und den Stand des Baus der Verlängerung der Tramlinie 8 erklären. Dabei kam klar zum Ausdruck, dass die die Stadt Weil trotz Tramverlängerung auch in Zukunft keinen Pendlerverkehr in seinem Hoheitsgebiet tolerieren wird. Auch die Stadt Saint-Louis drängt Pendlerverkehr zurück, indem sie Parkgebühren und Maximalparkzeiten für Auswärtige eingeführt hat. Die Kommission erwartet vom Regierungsrat in Bezug auf den Pendlerverkehr weitere gemeinsame Lösungsfindungen mit den ausländischen Partnern, u.a. im Rahmen des Pendlerfonds.

In Laufen informierte am 27. November 2013 Jörg Jermann, Leiter Mobilität/Tiefbauamt BL, zum Doppelspurausbau nach Delsberg sowie zwischen Münchenstein und Aesch, weiter zum MIV in der Region (u.a. Umfahrung Laufen). Nachdem die SBB informiert hatte, dass mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2015 die direkte Verbindung Basel -Lausanne/Genf gestrichen

¹ Parl. Initiative Leutenegger Oberholzer von 2011 für eine obligatorische Erdbebenversicherung: 2012 vom Ständerat abgelehnt. Motion Fournier von 2011 für eine obligatorische Erdbebenversicherung: Bundesrat beantragte im Juni 2014 Abschreibung. Im Sept. 2014 ist eine parl. Initiative Leutenegger Oberholzer für eine Verfassungsgrundlage für eine obligatorische Erdbebenversicherung eingereicht worden.

² Vgl. Antrag Andreas Burckhardt auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Einführung einer eidgenössischen Erdbebenversicherung (07.5042) von 2007. Seither stehen gelassen worden.

werden soll, reichte die Regiokommission eine Resolution zu Handen der eidgenössischen Räte ein, welche vom Grossen Rat am 5. Juni 2013 verabschiedet wurde. Darin fordert der Grosse Rat, von der beabsichtigten Streichung der direkten Zugverbindung Basel-Genf abzukommen und den Doppelspurausbau Laufen-Delémont schnellstmöglichst anzustreben.

Eine Verkehrstagung führte die Regiokommission am 26. März 2014 zur BLT nach Oberwil, zum EuroAirport und zu den Rheinhäfen. Die Kommission war beeindruckt von der Fahrgastentwicklung der BLT seit 1995 (von 30 Mio. auf 52 Mio. Fahrgäste pro Jahr) – ein eindrucksvolles Zeugnis eines attraktiven ÖV und gleichzeitig ein unmissverständliches Zeichen, dass es weitere Optimierungen braucht, etwa durch Taktverdichtungen, Expresstrams und Doppelspurausbauten. Auch trinationale Tariflösungen waren ein Thema. Handlungsbedarf besteht laut BLT-Direktor Andreas Büttiker primär im Einzel- und Retourbillettbereich.

Am EuroAirport liess sich die Kommission über den Ausbau des Flughafens und den Stand des Schienenanschlusses und die damit erhofften Vorteile informieren. Die geschätzten Kosten des Bahnanschlusses belaufen sich auf € 220 Mio., die Inbetriebnahme ist auf 2019/2020 geplant. Nahe der Haltestelle könnten neue Bürogebäude entstehen, damit der Flughafen auch als Arbeitsplatz weiter an Attraktivität gewinnt. Einige Kommissionsmitglieder stehen dem weiteren Ausbau des EAP – u.a. wird bis 2020 mehr als eine Verdoppelung des Marktanteils in der Luftfracht angestrebt – und dem Bahnanschluss, der jährlich geschätzte zusätzliche 170'000 Passagiere bringen würde, skeptisch gegenüber. Sie befürchten eine erhöhte Umweltbelastung und stellen im Fall des Bahnanschlusses auch den unmittelbaren Nutzen für die regionale Wirtschaft in Frage. (Zum EAP siehe auch Teile Districtsrat und Oberrheinrat).

Der Direktor der Schweizerischen Rheinhäfen (SRH), Hans-Peter Hadorn, zeigte auf, dass die Rheinhäfen 25% des Import/Export im Containerbereich abwickeln und die Rheinschifffahrt beim schweizerischen Gesamtimport einen Anteil von 12% hält, was die Wichtigkeit der SRH für die Region und die Schweiz unterstreicht. Die SRH stehen vor wichtigen Investitionen: So ist die bahnseitige Verknüpfung Birsfelden/Auhafen mit dem Industrieareal Schweizerhalle bis 2017 geplant, ebenso die Modernisierung der Stellwerke in den Hafenbahnhöfen Kleinhüningen und Birsfelden. Der Bund hat für die Modernisierung der Hafenbahn ca. 40 Mio. Franken in Aussicht gestellt. In den Schweizer Rheinhäfen verdoppelte sich der Containerumschlag seit 1995. Die SRH erwarten einen weiteren markanten Anstieg. Die Seehäfen Rotterdam und Antwerpen bauen ihre Anteile im Containerverkehr massiv aus und verfolgen eine Verlagerung von LKW auf die Binnenschifffahrt und die Bahn. Um Schritt zu halten, planen die SRH zusammen mit SBB Cargo im Zeithorizont 2018/2020 den trimodalen Containerterminal Basel-Nord mit einem dritten Hafenbecken. Mit der Reduktion des Hafenbahnhofs werden bis ca. 2022 rund 17.5 ha des Westquai- und Klybeck-Areal für ein neues Stadtquartier am Rhein frei. Die Regiokommission begrüsst diese Entwicklungen grundsätzlich.

Schliesslich setzte sich die Kommission im Rahmen des Ausgabenberichts für die Elektrifizierung der Hochrheinstrecke mit der weiteren Entwicklung der Regio S-Bahn auseinander; sie stimmte dem Kantonsbeitrag zum Vorprojekt (1,4 Mio Fr.) zu. Ohne eine Elektrifizierung wären keine sinnvollen Durchbindungen möglich, und erst recht könnten Dieselmotoren nicht in den geplanten Tunnel des Herzstücks fahren.

2.1.3 Grenzüberschreitender Bildungs- und Kulturaustausch

Im Rahmen ihres Besuchs in Laufen wurde die Kommission von Stadtpräsident Alexander Imhof begrüsst und konnte sich vom Rektor des Gymnasiums Laufental-Thierstein, Isidor Huber, über

die erfolgreiche Kooperation mit dem Lycée Porrentruy informieren lassen. Die beiden Gymnasien führen seit 2012 je eine Klasse zur vier Jahre dauernden zweisprachigen Maturität; dies in einem ganzheitlicheren sprachlichen und kulturellen Rahmen, als es die Immersionsmatur erlaubt. Eine solche Kooperation mit dem Kanton Jura wäre aus Kommissionsicht auch für Basel-Stadt wünschenswert, eine entsprechende Anfrage wurde vom Erziehungsdepartement jedoch knapp und abschlägig beantwortet.

Zur Vertiefung des Themas Kooperation mit dem Kanton Jura lud die Kommission am 30. Oktober 2013 die Regierungspräsidenten Michel Probst und Guy Morin ein; gleichentags stimmte sie dem Ausgabenbericht für die Realisierung des Auftritts von Basel-Stadt als Ehrengast am Marché-Concours in Saignelégier zu. Probst schätzte die wirtschaftliche (Partnerschaften BaselArea, i-net und China Business; Innovationspark Nordwestschweiz) und kulturelle Zusammenarbeit als sehr gut ein. Im Bereich Kultur unterhielten die beiden Kantone seit 2009 einen Kooperationsfonds in Höhe von jährlich 50'000 Franken für Musik-, Sprachaustausch- und weitere Begegnungsprojekte. Auf Ende 2014 lief dieser aus und wurde – primär beidseits aus Spargründen – nicht erneuert. Die Kommission, die sich eine weitere Intensivierung der Beziehungen mit dem Jura wünscht, bedauert das Ende des Fonds, zumal die Anzahl der Projektanfragen in jüngster Zeit markant zugenommen hat. Sie hofft, dass sich die weiterhin bestehende Koordinationsgruppe Basel – Jura im Rahmen des ordentlichen Budgets für neue Möglichkeiten der Begegnung zwischen den Bevölkerungen der beiden Kantone einsetzt.

Die Regiokommission bedauert insgesamt, dass es wenig Angebote für innovative Sprachaustausche «vor der Haustür» Basels gibt und sich der Kanton auch auf Lehrlingsstufe nicht für eine Förderung von Sprachpraktika als zuständig erachtet³. Im Minimum wünscht sich die Kommission, dass bestehende Angebote wie das Euregio-Zertifikat und der Kleinprojektefonds des Trinationalen Eurodistricts Basel besser bekannt gemacht werden.

2.1.4 Fusionsinitiative der beiden Basel

Das anspruchsvollste Geschäft war erwartungsgemäss die Beratung zur Fusionsinitiative. Auf Initiative der Regiokommission und in guter Zusammenarbeit mit der Justiz- und Sicherheitskommission des Landrates wurde mit Experten aus dem Präsidialdepartement und Prof. René Rhinow ein Gegenvorschlag zur Fusionsinitiative ausgearbeitet, der im Grossen Rat wie auch im Landrat angenommen wurde. Zu verurteilen waren die Indiskretionen, die im Rahmen der Kommissionsberatungen an die Medien gelangten.

Die Regiokommission erwartet, dass der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft seine noch am Tag des ablehnenden Abstimmungsergebnisses gemachte Ankündigung der «Weiterentwicklung der Partnerschaft mit Basel-Stadt, aber auch mit den anderen Nachbarkantonen und dem benachbarten Ausland» rasch mit konkreten Schritten belegt.

³ Vgl. hierzu die Antwort des Regierungsrates auf den Kommissionsantrag der Regiokommission Nr. 11.5270

2.2 Kooperationsstrukturen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Die Straffung von Kooperationsstrukturen ist seit Jahren ein Kernanliegen der interkantonalen und trinationalen Zusammenarbeit. Die Regiokommission hat bereits in früheren Berichten dargelegt, dass im Vordergrund der Bemühungen um effiziente Strukturen nicht primär die Reduktion der Gremien, sondern deren optimale Koordination stehen muss. Es ist zu berücksichtigen, dass für Problemlösungen eine variable Geometrie, d.h. je nach Themenbereich eine Zusammenarbeit in unterschiedlichen Räumen nötig ist (Nordwestschweiz, Eurodistrict, Oberrhein) und dass jeder Kooperationsraum auch über eine parlamentarische Vertretung verfügen soll.

Die Kommission hat aber betont, dass sie auf operativer Ebene Synergiepotenzial sieht. Sie hat deshalb im Januar 2013 einen Kommissionsantrag eingereicht, indem sie die Idee eines «Haus der Region» unterstützt: *Eine* Anlaufstelle, zumindest für die Gremien der schweizerischen Seite, wo sich z.B. die Sekretariate der Regio Basiliensis, der Nordwestschweizer Regierungskonferenz und ihrer Plattform Metropolitankonferenz Basel, der IBA Basel 2020 und des Vereins Agglo Basel befinden, und wodurch administrative Kosten gespart und die Kommunikation besser orchestriert werden könnten. Heute hat noch jedes dieser Gremien eine eigene Homepage, ein eigenes Logo, eigene Flyer etc.

Die Kommission bedauert, dass bisher keine sichtbaren Synergieeffekte erzielt werden konnten. Der Kanton Aargau hat nicht zuletzt deshalb mehreren Gremien der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ab 2015 einen Teil der Subventionen gestrichen (Regio Basiliensis) oder tritt ganz aus (u.a. Infobest Palmrain). Es wäre äusserst alarmierend, wenn sich der Kanton Aargau aus der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein zurückziehen würde.

3. Empfehlungen

Die Regiokommission gibt basierend auf den festgelegten Legislatur-Schwerpunkten folgende Empfehlungen ab:

A. Grenzüberschreitende Sicherheit und Katastrophenhilfe

1. Die Erdbebenvorsorge muss eine nationale Angelegenheit werden. Eine Katastrophe im Raum Basel hätte zwangsläufig auch massive wirtschaftliche Auswirkungen auf die gesamte Schweiz. Die Regiokommission fordert den Regierungsrat auf, seine Bemühungen zur Schaffung einer nationalen Erdbebenversicherung zu intensivieren.
2. Ein trinationaler Raum, der gemeinsame Risiken kennt und im Schadens- oder sogar Katastrophenfall bestmöglich zusammenarbeiten muss, benötigt eine gemeinsame Einsatzkommunikation für Sicherheits- und Rettungsdienste. Diesbezügliche Anstrengungen für technische Verbesserungen sind zu vertiefen.
3. Die Aufstockung des Grenzwachtkorps der Region 1, wie sie vom Grossen Rat im Mai 2013 in einer Resolution verlangt wurde, ist auf Bundesebene weiterzuverfolgen⁴.

B. Grenzüberschreitender Verkehr

4. Der Doppelspurausbau (BLT und S-Bahn nach Delsberg) soll nicht erst bis 2030 vollständig realisiert werden. Aus Kommissionssicht dauert die Umsetzung zu lange. Es besteht ein grosses Interesse unseres Kantons, dass die Pendler mit dem ÖV statt MIV nach Basel gelangen. Die Kommission fordert den Regierungsrat auf, sich mit dem Nachbarkanton verstärkt in Bundesbern für Finanzierungsmittel einzusetzen.
5. Agglomerationsstädte wie Weil am Rhein und Saint-Louis sind nicht bereit, die Pendler ohne weiteres in ihr Stadtgebiet zuzulassen. Zur Lösung des Pendlerproblems ist mit den in- und ausländischen Partnern unter weiterer Äufnung des Pendlerfonds noch vermehrt nach effektiven Entlastungsmassnahmen zu suchen.
6. Mit dem Ausbau des grenzüberschreitenden ÖV muss eine Verbesserung der trinationalen Tarifangebote einhergehen. Insbesondere im Einzel- und Retourbillettbereich sind die Vertriebsmöglichkeiten noch nicht ausgeschöpft und deshalb kundenfreundlich zu forcieren.

C. Grenzüberschreitender Bildungs- und Kulturaustausch

7. Die Zweisprachigkeit wird nach wie vor zu wenig gefördert. Auf Stufe Sekundarschule wie auch Berufsbildung sind vom Kanton innovative Sprach- und Kulturaustauschprojekte mit den unmittelbaren Nachbarregionen stärker zu fördern. Angebote sollen zudem in attraktiver Weise kommuniziert werden.

Ein besonderes Augenmerk soll der Sprachkooperation mit dem Kanton Jura gelten.

⁴ U.a. im Rahmen einer Einreichung der Standesinitiative betreffend «Aufstockung Grenzwachtkorps» (14.5446.02)

4. Antrag

Die Regiokommission beantragt dem Grossen Rat, vom Bericht der Regiokommission zustimmend Kenntnis zu nehmen.

Sie hat den Bericht am 13. März einstimmig (Zirkularweg) verabschiedet.

Im Namen der Regiokommission

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'E. Ullmann', written in a cursive style.

Emmanuel Ullmann, Präsident



ETB Eurodistrict Trinational de Bâle
TEB Trinationaler Eurodistrict Basel

Districtsrat – Schweizer Delegation

Delegationsbeschluss vom 30.01.2015

Bericht der Schweizer Delegation des Districtsrates

**zu ihrer Tätigkeit in den Jahren 2013/2014, inklusive Einschätzung zur
Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im
Trinationalen Eurodistrict Basel**

zuhanden der Kantonsparlamente von Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und
Solethurn sowie den Schweizer Mitgliedsgemeinden des Trinationalen Eurodistricts
Basel

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
1 Kompetenzen und Organisation des Districtsrats	3
2 Hauptthemen im Plenum und in den Kommissionen	4
2.1 Verkehr und Raumplanung	4
2.2 Gesundheitsraum.....	4
2.3 Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Tourismus.....	5
2.4 Umwelt und Energie.....	5
2.5 Bildung und Zweisprachigkeit.....	6
2.6 Sicherheit und Blaulichtorganisationen.....	6
3 Zur Rolle des Districtsrats im trinationalen Gefüge	6
4 Entwicklung des Trinationalen Eurodistricts Basel	7
4.1 Gemeinsame politische Steuerung.....	7
4.2 Erfolgsfaktor Interreg.....	7
4.3 Infobest Palmrain und IBA Basel 2020	8
5 Ausblick.....	8
6 Dank.....	9
7 Antrag.....	9
8 Anhänge	10

Einleitung

Erstmals berichtet die Schweizer Delegation des Districtsrates zuhanden der vier vertretenen Kantonsparlamente und den Schweizer TEB-Mitgliedsgemeinden formell über ihre Tätigkeit in den Jahren 2013 und 2014. Damit einher geht eine Einschätzung zur Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Trinationalen Eurodistrict Basel. Ziel ist es, mit der neu gemeinsamen Berichterstattung zuhanden der Kantonsparlamente und Gemeinden die Entwicklungen im grenzüberschreitenden Agglomerationsraum breiter zu thematisieren und das Interesse und Verständnis für die trinationale Sicht zu stärken.

Während die Kantone Aargau, Basel-Landschaft und Basel-Stadt Mitglied des Trinationalen Eurodistricts Basel (TEB) sind, ist der Kanton Solothurn selbst nicht Mitglied, sondern nur Gemeinden des Bezirks Dorneck-Birseck. Die Delegation erachtet es trotzdem als wichtig, den Bericht dem gesamten Solothurner Kantonsrat zukommen zu lassen.

Im Districtsrat hatten in der Berichtsperiode folgende Gewählte Einsitz (als Funktion wird jene angegeben, in der das Mitglied Einsitz hat):

Aargau (3)	Roland Agustoni (Grossrat); Hansueli Bühler (Gemeindeammann Stein); Rudolf Lüscher, ab 2014 Herbert Weiss (Gemeindeammann Laufenburg)
Basel-Landschaft (8)	Landratsmitglieder: Elisabeth Augstburger; Peter Brodbeck; Christoph Hänggi; Balz Stüchelberger Gemeindevertreter: Ruedi Brassel (Gemeinderat Pratteln); Jürg C. Dieterle (Gemeinderat Schönenbuch); Anton Fritschi (Gemeinderat Arlesheim); Charles Simon (alt-Gemeindepräsident Binningen)
Basel-Stadt (8)	Grossratsmitglieder: Daniel Goepfert; Stephan Luethi-Brüderlin; Eveline Rommerskirchen; Eduard Rutschmann; Heinrich Ueberwasser; Emmanuel Ullmann; Heiner Vischer Vertreter Riehen/Bettingen: Helmut Hersberger (Grossrat Bettingen), ab Sommer 2014 Jürg Sollberger (Einwohnerratspräsident Riehen)
Solothurn (1)	Hans Abt (Kantonsrat), ab 2014 Christian Schlatter (Gemeindepräsident Dornach)

Den Delegationsvorsitz hatte der Basler Grossrat Heinrich Ueberwasser.

1 Kompetenzen und Organisation des Districtsrats

Mit dem Trinationalen Eurodistrict Basel¹ ist 2007 eine Kooperationsplattform geschaffen worden, die zum Ziel hat, die trinationale Agglomeration als attraktiven grenzüberschreitenden Lebens- und Wirtschaftsraum zu stärken. Neben dem Vorstand und der Mitgliederversammlung hat der Eurodistrict einen politischen Beirat, den Districtsrat. Dieser besteht aus 20 Schweizer und je 15 deutschen und französischen Gewählten; Einsitz haben Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie Gemeinderatsmitglieder. Gemäss den Statuten hat der 50-köpfige Districtsrat das Recht, Anträge und Stellungnahmen zuhanden des TEB-Vorstandes einzubringen und Resolutionen zu verfassen.

¹ www.eurodistrictbasel.eu

Der Districtsrat traf sich an jährlich vier Plenarversammlungen; 2013 in Lörrach unter dem Präsidium von Christoph Hoffmann, Bürgermeister von Bad Bellingen, 2014 in Saint-Louis unter dem Präsidium von Gaston Latscha, Maire von Héisingue.

Der Districtsrat hat sechs 9-köpfige Kommissionen; davon werden zwei von Schweizer Seite präsiert: Die Kommissionen Soziales, Gesundheit & Forschung (Elisabeth Augstburger, BL) sowie Wirtschaft, Arbeitsmarkt & Tourismus (Charles Simon, BL). Die weiteren Kommissionen lauten auf Verkehr; Raumordnung; Umwelt, Energie & Landwirtschaft; Bildung, Kultur, Jugend, Sport & Identität.

Der Districtsrat muss mit bescheidenen Ressourcen auskommen. Er verfügt über kein eigenes Budget und das TEB-Sekretariat deckt lediglich im Umfang von monatlich wenigen Stunden die Organisation der Plenarversammlungen ab. Die Kommissionen erhalten keine administrative Unterstützung von Seiten des TEB. Die Schweizer Delegation des Districtsrates wird aufgrund des Vorsitzes von Basel-Stadt vom baselstädtischen Parlamentsdienst unterstützt.

Mehrere Mitglieder des Districtsrats sind gleichzeitig Mitglied des Oberrheinrats. Damit sind Informationsfluss und Arbeitsteilung zwischen diesen beiden Gremien gewährleistet. Welches Gremium sich eines Themas annimmt, bestimmt sich durch den stärker betroffenen Perimeter.

2 Hauptthemen im Plenum und in den Kommissionen

Von Seiten des TEB-Vorstands wurden dem Districtsrat 2013 und 2014 keine Vorlagen vorgelegt. Er griff im Plenum und in den Kommissionen selbst Themen auf, welche die trinationale Region beschäftigen, unter Anhörung diverser Experten:

2.1 Verkehr und Raumplanung

2009 und 2012 forderte der Districtsrat mittels Anträgen zum Fluglärm gemeindeverträgliche Rahmenbedingungen für den EuroAirport – namentlich eine Nachtruhe von 22.00 bis 06.00 Uhr und eine Festlegung der maximal vertretbaren Anzahl Flugbewegungen. Vom TEB-Vorstand und EuroAirport kam allerdings keine klare Stellungnahme; 2014 überlagerte die Sorge um den bilateralen Status und die Arbeits- und Steuerbedingungen am EAP (s. Punkt 2.3) die Lärmfrage. Der Districtsrat war sich einig, dass diese beiden Konfliktfelder zu trennen sind. Nichtsdestotrotz wird er das Thema Fluglärm weiterverfolgen, auch angesichts der Wachstumspläne des EAP.

Der Districtsrat liess sich von den Verantwortlichen ausserdem das Agglomerationsprogramm², das Projekt «3Land» (Entwicklung des Hafengebiets Dreiländereck Basel - Weil am Rhein - Huningue als Wohn- und Arbeitsfläche)³ und einen Zwischenstand zur «IBA Basel 2020»⁴ präsentieren, um in allen drei Teilregionen einen guten Informationsstand zu gewährleisten. Ferner prüft die Kommission Verkehr Möglichkeiten für eine bessere Tarifkooperation im ÖV.

2.2 Gesundheitsraum

Seit 2007 läuft zwischen Basel-Stadt, Baselland und dem Landkreis Lörrach das binationale Pilotprojekt grenzüberschreitende spitalstationäre Versorgung⁵. Auch die weitere grenzüber-

² <http://www.agglobasel.org>

³ <http://www.hafen-stadt.ch/3land>

⁴ www.iba-basel.net

⁵ Zwischenbericht 2013: www.gesundheitsversorgung.bs.ch/gesundheitsfachpersonen/grenzueberschreitende-zusammenarbeit.html

schreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen entwickelt sich, so in der Notfallversorgung und der Zusammenarbeit der Ärzteschaft. Mit dem 2014 eröffneten «Onkologiezentrum Dreiländereck» in Lörrach erhielt die Region ein besonderes Vorzeigeprojekt. Die Kommission Soziales, Gesundheit & Forschung studierte die verschiedenen Projekte, teilweise vor Ort, und ging noch bestehenden Hürden nach, beispielsweise bei der länderübergreifenden Anerkennung von Ausbildungen und dem Austausch der Ärzteschaft. So haben Schweizer Ärzte, die in einem Spital im Ausland arbeiten und ihre Schweizer Patienten dort behandeln, das Problem, dass Rechnungen nach deutschem Gebührenrecht erstellt werden. Damit sind ihre Honorarforderungen nicht abgedeckt.

Die Kommission prüft auch, wieweit Patientinnen und Patienten über Kliniken im TEB und deren Angebote besser informiert werden können. Der Zugang zu den verschiedenen Gesundheitsorganisationen soll für alle Patientinnen und Patienten trinational durchlässig sein. Versicherungstechnische und administrative Hürden müssen abgebaut werden. Dabei gilt es auch auf die teilweise unterschiedlichen Leistungsangebote und Qualitätsstandards hinzuweisen.

Beim Einbezug des Elsass in Pilotprojekte gibt es nebst sprachlichen administrative Hürden. Der Districtsrat und die Kommissionen werden das Ziel weiterverfolgen, bei Pilotprojekten im Gesundheits-, Spital- und Pflegewesen alle drei Grenzregionen einzubinden.

2.3 Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Tourismus

Die Kommission Wirtschaft, Arbeitsmarkt & Tourismus ging zusammen mit Experten den hohen Roaming-Kosten für Telefonie im Grenzraum nach. Sie kam zum Schluss, dass der Markt die Lösung bringen muss, falls die Europäische Union wie geplant Roaming-Gebühren verbietet.

Lokalen Handlungsspielraum sieht die Kommission hingegen bei einer besseren Vernetzung der Tourismusorganisationen. Auf ihre Vorlage hin verabschiedete der Districtsrat im November 2014 einen Antrag, wonach das touristische Angebot der drei Länderregionen besser verknüpft werden soll, idealerweise unter der Dachmarke «Basel». Basel Tourismus will sich in Bezug auf internationale Gäste allerdings auf das Thema «Kultur» fokussieren und sieht im Thema «Naherholung im Dreiland» nur lokales Tourismuspotenzial. Der Districtsrat hält daran fest, dass Basel Tourismus als grösster Player touristische Attraktionen des grenzüberschreitenden Umlands besser darstellen sollte, unter anderem auf seiner Webseite. Auch am EuroAirport und auf der Webseite des TEB sollten regionale touristische Angebote intensiver und attraktiver dargestellt werden. Verbesserungspotenzial besteht beispielsweise auch bei der grenzüberschreitenden Information zu Fahrradwegen.

Der Districtsrat appellierte ausserdem im September 2014 mit einer Resolution an Frankreich, den binationalen Status des EuroAirports und die dort bisher geltenden Arbeits- und Steuerbedingungen unverändert zu erhalten. Er trug damit zu einem raschen, konzertierten Engagement der wichtigen Akteure am Oberrhein zugunsten des Flughafens bei.

2.4 Umwelt und Energie

Verschiedene Gemeinden im TEB haben in den letzten Jahren das Label Energiestadt bzw. European Energy Award erworben. In einer Resolution sicherte der Districtsrat im Mai 2014 einem vom TEB geplanten Interreg-Projekt seine Unterstützung zu, wonach Gemeinden mit einem Label in ihrer Vorreiterrolle gestärkt und weitere Gemeinden dazu motiviert werden sollen, im Rahmen eines Beratungs-Netzwerks eigene Energiespar- und Klimaschutzkonzepte zu erstellen. Das Projekt ist noch in Erarbeitung.

Auf eine gemeinsame Stellungnahme, wonach ein Atomendlager in der Bözbergregion zu verhindern sei, konnte sich der Districtsrat nicht einigen; das Thema bleibt pendent. Die

Kommission Umwelt und Energie ging Berichten über eine Verschmutzung des Lörzbachs nach und hinterfragte die geplante, jedoch umstrittene Sondermüllbehandlungsanlage in Grenzach-Wyhlen; deren Realisierung ist unterdessen gestoppt.

2.5 Bildung und Zweisprachigkeit

Im September 2013 unterzeichneten das Elsass, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz eine Rahmenvereinbarung über die grenzüberschreitende Berufsbildung am Oberrhein. Dank diesem Abkommen kann ein Auszubildender die theoretische Ausbildung im Heimatland und den praktischen Teil bei einem Unternehmen im Ausland absolvieren. Begegnet werden kann so gleichzeitig der Jugendarbeitslosigkeit im Elsass wie auch dem Lehrlingsmangel auf badischer Seite, und die Zweisprachigkeit der Jugendlichen wird gefördert. Der Districtsratsrat liess sich über das Abkommen, dem sich auch die Schweiz anschliessen könnte, näher informieren. Angesichts von Vorbehalten der Basler Gewerbeverbände zu diesem dualen Modell beobachtet die Schweizer Delegation die Entwicklung des Projekts vorerst auf deutscher und französischer Seite weiter.⁶

2.6 Sicherheit und Blaulichtorganisationen

Wegen hoher Einbruchszahlen im Grenzraum hörte der Districtsratsrat 2013 Vertreter von Polizei und Grenzschutz an. Politische Forderungen zur länderübergreifenden Kooperation ergaben sich nicht, da die Experten aller drei Länder die Zusammenarbeit durch regelmässige gemeinsame Einsätze und Ausbildungsgänge als gut einschätzten. Allerdings ist das Problem hoher Einbruchszahlen damit keinesfalls gelöst und erfordert weitere Massnahmen. Eine Anhörung der Feuerwehren und Notfalldienste im Districtsratsrat förderte 2014 keinen besonderen Handlungsbedarf in der länderübergreifenden Kooperation zutage.

3 Zur Rolle des Districtsrats im trinationalen Gefüge

Der Gewinn des Districtsrats liegt im Wissens- und Meinungs austausch über die Grenze, der es den Mitgliedern erlaubt, Informationen aus dem trinationalen Raum und die Perspektive der Nachbarn in die eigenen Parlamente bzw. in die eigene Gemeinde einzubringen. Über die Anhörung von Experten der Verwaltung und weiteren Akteuren an Plenarversammlungen und in den Kommissionen wird eine frühzeitige Information der Nachbarn über neue Planungen gewährleistet, was potenzielle Konflikte vermeiden helfen mag.

Darüber, ob sich der Districtsratsrat zu einer parlamentarischen Versammlung mit Kompetenzen (z.B. Erteilung von verbindlichen Aufträgen an den TEB-Vorstand, Genehmigung von Ausgaben) und eigenen Finanzen für zu definierende Aufgaben weiterentwickeln soll, bestehen unterschiedliche Auffassungen. Mit der heutigen Vereinsstruktur des Eurodistricts wäre eine solche Weiterentwicklung jedenfalls nicht möglich; so obliegt die Verabschiedung von strategischen Zielen oder des Budgets der einmal jährlich tagenden Mitgliederversammlung.

Einig ist sich die Delegation, dass der TEB-Vorstand die beratende Rolle des Districtsrats – auf Französisch nennt sich dieser «Conseil Consultatif» – völlig ungenügend in Anspruch nimmt, indem er ihm keine Vorlagen zur Stellungnahme vorlegt, wie dies die Vereinssatzung vorgibt⁷. Das Argument des Vorstands, den Districtsratsrat im trinationalen Aushandlungsprozess aus Zeitgründen oftmals nicht auch noch konsultieren zu können, akzeptiert die Delegation nicht.

⁶ Die Districtsräte Daniel Goepfert (Grossrat BS) und Christoph Hänggi (Landrat BL) fragten 2014 mittels parlamentarischen Vorstössen an, wie weit BS und BL an der Rahmenvereinbarung ebenfalls teilnehmen könnten.

⁷ Dem Districtsratsrat ist bisher erst einmal eine Vorlage zur Stellungnahme vorgelegt worden, 2008 im Fall der «Entwicklungsstrategie 2020»). Art. 20c der Vereinssatzung lautet: *Der Districtsratsrat wird vom Vorstand regelmässig über alle Vereinstätigkeiten informiert und bei wichtigen Geschäften zur Stellungnahme eingeladen.*

Sie ist überzeugt, dass der Districtsrat zeitnah zusätzliche Impulse geben könnte, um so den Projekten mehr demokratische Legitimation zu verschaffen.

Hingegen begrüsst die Delegation, dass das TEB-Präsidium – 2013 war dies der Basler Regierungspräsident Guy Morin, 2014 die Lörracher Landrätin Marion Dammann – den Districtsrat in den Plenarversammlungen immer wieder über laufende Projekte informiert. Eine zusätzliche Rolle für den Districtsrat sah der TEB-Vorstand im Bereich Fluglärm, mittels Einsitznahme in der Trinationalen Umweltkommission. Die Schweizer Delegation verlangt jedoch eine Mitsprache bei konkreten Projekten.

4 Entwicklung des Trinationalen Eurodistricts Basel

4.1 Gemeinsame politische Steuerung

Mit dem Eurodistrict verfügt die trinationale Agglomeration Basel seit 2007 über eine politische Steuerung. Diese ist umso nötiger, als auch der Bund die Agglomeration Basel trinational definiert und Bundesmittel für Infrastrukturprojekte von einem verbindlichen Einbezug der ausländischen Partner abhängig macht. Mit dem 2014 gegründeten Verein Agglo Basel⁸ hat das Agglomerationsprogramm Basel nun eine trinationale Trägerschaft. Eine Vereinbarung regelt die enge Zusammenarbeit von Verein und Eurodistrict, der im gleichen Perimeter Fragen der Verkehrs- und Raumplanung abdeckt. Vorschläge, wonach der Eurodistrict Träger des Agglomerationsprogramms werden soll, hatten schon deswegen keine Chance, weil der TEB ein Verein nach französischem Recht ist.

Ebenfalls vertreten ist der Eurodistrict in der 2012 gegründeten Metropolitankonferenz Basel⁹. Dies, indem bei Themen mit trinationalen Charakter das dreiköpfige TEB-Präsidium einbezogen wird.

Der Eurodistrict konnte die Zahl seiner Mitglieder (Gebietskörperschaften) in den letzten zwei Jahren von 61 auf 85 erhöhen. Hinzu gekommen waren insbesondere solothurnische Gemeinden, die im Gegenzug ihre Mitgliedschaft beim Verein metrobasel aufgaben. Sorgen bereitet der Schweizer Delegation des Districtsrates, dass der Aargauer Regierungsrat im Zuge von Sparbemühungen den Austritt aus dem Eurodistrict auf 2017 plante. Sie ist den Fricktaler Mitgliedern des Aargauer Grossen Rates sehr dankbar, dass sie diesem Vorhaben mit Verweis auf die wichtige Vernetzungsfunktion des TEB bei raumplanerischen, verkehrstechnischen und wirtschaftlichen Fragen energisch entgegentraten. Das Fricktal stellt im Eurodistrict und im Districtsrat einen wichtigen Partner dar.

4.2 Erfolgsfaktor Interreg

Der Eurodistrict verfügt für die Laufzeit 2014 bis 2016 über ein jährliches Betriebsbudget von rund 335'000 Euro¹⁰. Alle massgeblichen Projekte sind von einer Interreg-Kofinanzierung¹¹ abhängig. Mit ihrer Hilfe brachte der Eurodistrict die verbesserte grenzüberschreitende Tarifkooperation der ÖV-Partner unter der neuen Dachmarke «tri-regio» auf den Weg, die «IBA Basel 2020» oder auch den Kleinprojektfonds für grenzüberschreitende Begegnungsprojekte. Für 2015 bis 2020 ist mit 109,6 Millionen Euro der Europäischen Union mehr Geld denn je im Interreg-Topf der Region Oberrhein; dazu kommen voraussichtlich rund 20 Millionen Franken von Bund und Kantonen. Damit stehen auch für den Eurodistrict als Teil der Oberrheinregion potenziell namhafte Fördergelder zur Verfügung. Allerdings können diese nur dann abgerufen

⁸ Mitglieder: Kantone AG, BL, BS, SO, Landkreis Lörrach und Communauté de Communes des Trois Frontières

⁹ Eine Plattform der Nordwestschweizer Regierungskonferenz. www.metropolitankonferenz-basel.ch

¹⁰ Davon Anteil Kantone BS und BL: je 95'000 Franken. Kanton Aargau 21'000 Franken. Plus Mitgliederbeiträge von Gemeinden.

¹¹ www.interreg-oberrhein.eu

werden, wenn förderwürdige Projekte vorliegen und Projektpartner den anderen Teil der Kofinanzierung, die in der Regel bei 50 Prozent liegt, aufbringen.

Die Schweizer Delegation des Districtsrats bedauert, dass sehr wenig Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit des Eurodistricts freigemacht werden. Damit bleibt dieser in der Bevölkerung als gemeinsame Institution des Dreilands zu wenig bekannt.

4.3 Infobest Palmrain und IBA Basel 2020

Weiter an Format gewinnen könnte der Eurodistrict, wenn ihm die Informations- und Beratungsstelle Palmrain¹² institutionell angegliedert würde. Damit erhielte der TEB ein Flaggschiff für den Bürgerservice im Dreiland: Die Infobest Palmrain beantwortet jährlich mehrere tausend Anfragen rund um Arbeitsbewilligungen, Steuern, dem Umzug ins Nachbarland oder der Fahrzeugimmatrikulation und entlastet die Verwaltungen damit massgeblich. Räumlich befinden sich die beiden Institutionen seit 2010 im gleichen Haus auf der Palmrainbrücke; die Zusammenarbeit ist eng. Für eine formelle Integration in den TEB müsste die Infobest Palmrain aber aus dem Netz weiterer Infobesten am Oberrhein herausgelöst werden, was eine andere Finanzierung erfordern würde. Dies wird von den französischen und deutschen Partnern abgelehnt.

Eine wichtige Katalysatorfunktion könnte die «IBA Basel 2020» haben, die mit qualitativ hochwertigen, modellhaften Projekten aus den Bereichen Architektur, Stadt- und Landschaftsplanung, Naturschutz sowie Kultur einen sichtbaren Beitrag zur Entwicklung des trinationalen Raums leisten will. Projektträger ist der Eurodistrict. Auf Schweizer Seite sind die Kantone Basel-Stadt und Aargau, die Gemeinden Riehen (BS), Muttenz und Münchenstein (BL) sowie der Bund dabei. Über den Erfolg oder Misserfolg der IBA wird die Bereitschaft von öffentlichen und privaten Akteuren, Projekte mitzufinanzieren, entscheiden. Immerhin ist 2014 auf deutscher Seite das Land Baden-Württemberg als wichtiger finanzierender Partner hinzugekommen. Der Districtsratsrat verfolgt die weitere Entwicklung der IBA eng.

5 Ausblick

Die trinationale Region Basel wächst in rasantem Tempo weiter zusammen. Ausbauprojekte im öffentlichen Verkehr, wie die kürzliche Inbetriebnahme des Trams zwischen Basel und Weil am Rhein und die geplante Tramlinie 3 nach Saint-Louis, aber auch wirtschaftliche Entwicklungen werden Mobilität, Arbeiten, Wohnen und Freizeit in der Region weiter verändern. Welche Auswirkungen der Wegfall des Euro-Mindestkurses hat, lässt sich noch nicht sagen. Die Kantonsparlamente und Gemeinden sollten sich bewusst sein, dass es die trinationale Gesamtschau und den institutionalisierten Dialog mit den ausländischen Nachbarn mehr denn je braucht, um langfristig planen zu können und Grenzkonflikte zu vermeiden. Dazu leisten der Trinationale Eurodistrict Basel und sein politischer Beirat, der Districtsratsrat, einen wichtigen Beitrag, den es weiterhin zu unterstützen gilt.

¹² www.infobest.eu

6 Dank

Die Schweizer Delegation dankt allen Mitgliedern des Districtsrats, des Eurodistricts und allen, mit welchen sie in der Berichtsperiode zusammenarbeiten und sich austauschen konnte, für die stets angenehme, freundschaftliche und das Gemeinsame betonende Zusammenarbeit.

7 Antrag

Die Schweizer Delegation des Districtsrates beantragt den Parlamenten der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn sowie den Schweizer Mitgliedsgemeinden des TEB, vom Zweijahres-Bericht der Delegation Kenntnis zu nehmen.

Riehen, 30.01.2015

Im Namen der Schweizer Delegation



Dr. Heinrich Ueberwasser
Grossrat Basel-Stadt, Delegationsleiter

Anhang 1: Übersicht Zusammensetzung des Districtsrat-Vorstands und des TEB-Vorstands

Anhang 2: Karte der Mitglieder des TEB

8 Anhänge

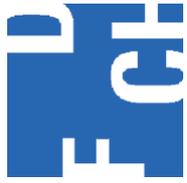
Anhang 1

a.) Zusammensetzung des Districtsrat-Vorstands (9 Mitglieder), Ende 2014

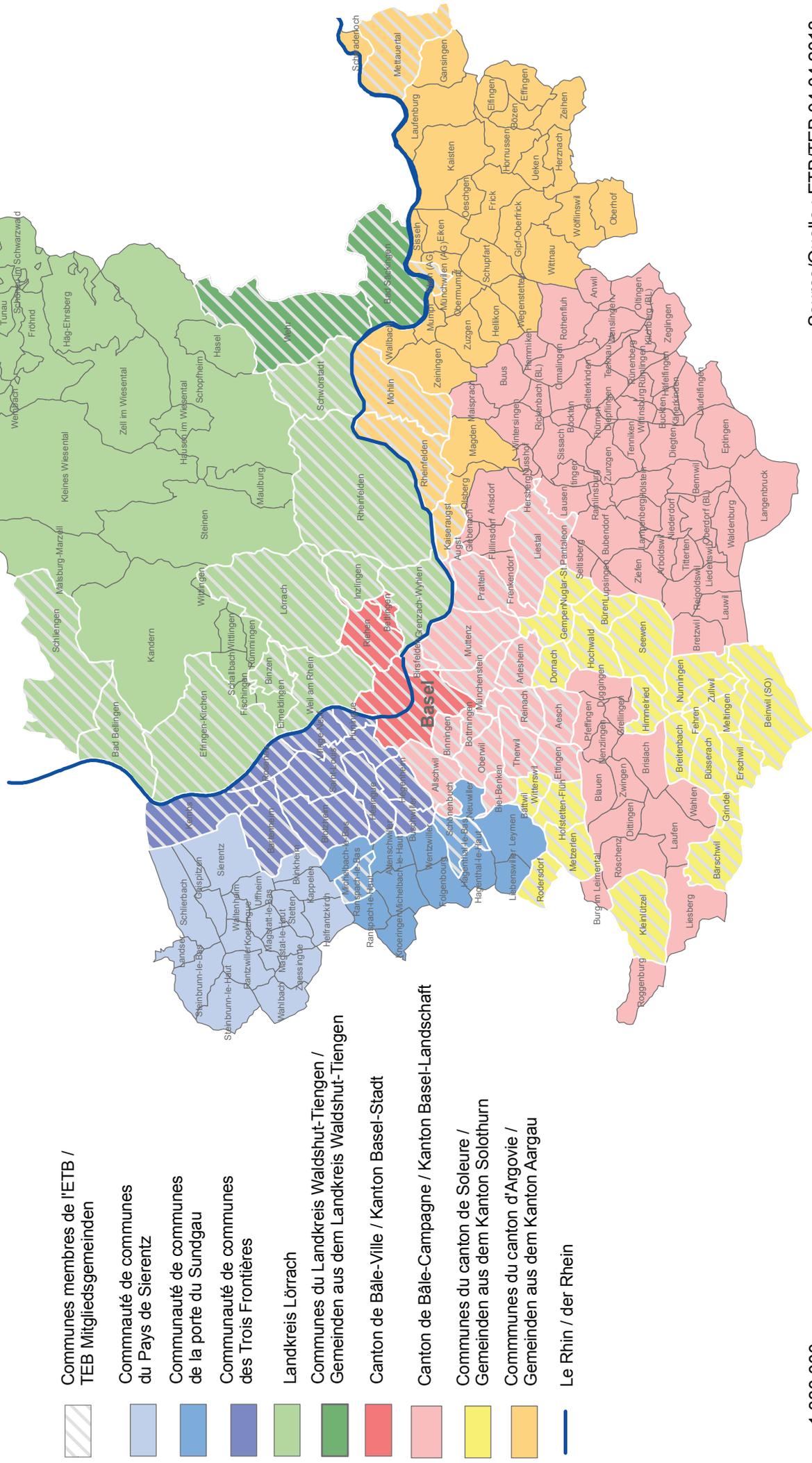
Schweiz (3)	Heinrich Ueberwasser (Grossrat BS; Vizepräsident Districtsrat); Elisabeth Augstburger (Landrätin BL); Charles Simon (Gemeinde Binningen)
Deutschland (3)	Christoph Hoffmann (Bürgermeister Bad Bellingen, Vizepräsident Districtsrat); Heike Hauk (Kreisrätin Lörrach, Efringen Kirchen); Ulrich May (Kreisrat Lörrach, Binzen)
Frankreich (3)	Gaston Latscha (Maire Héringue; Präsident Districtsrat); Sylviane Spindler-Liegeon (Adjointe au Maire Rosenau); Martin Welté (Adjoint au Maire Huningue)

b.) Zusammensetzung des TEB-Vorstands (27 Mitglieder), Ende 2014

Schweiz (9)	Guy Morin (Regierungspräsident Kanton Basel-Stadt; Vizepräsident TEB); Stephan Attiger (Regierungsrat Kanton Aargau); Nicole Nüssli-Kaiser (Gemeindepräsidentin Allschwil); Franco Mazzi (Stadtammann Rheinfelden); Lukas Ott (Stadtpräsident Liestal); Isaac Reber (Regierungsrat Kanton Basel-Landschaft); Christian Schlatter (Gemeindepräsident Dornach); Hans-Peter Wessels (Regierungsrat Kanton Basel-Stadt); Hansjörg Wilde (Gemeindepräsident Riehen)
Deutschland (9)	Marion Dammann (Landrätin Landkreis Lörrach; TEB-Präsidentin); Wolfgang Dietz (Oberbürgermeister Weil am Rhein); Philipp Schmid (Bürgermeister Efringen-Kirchen); Jörg Lutz (Oberbürgermeister Stadt Lörrach); Tobias Benz (Bürgermeister Grenzach-Wyhlen); Klaus Eberhardt (Oberbürgermeister Rheinfelden); Michael Thater (Bürgermeister Wehr); Michael Wilke (Bürgermeister Stadt Lörrach); Alexander Guhl (Bürgermeister Säckingen)
Frankreich (9)	Jean-Marie Zoellé (Maire Saint-Louis, Vizepräsident TEB); Jean-Marie Belliard (Président Communauté de Communes Pays de Sierentz); Jean-Marc Deichtmann (Maire Huningue); Alain Girny (Président CC3F); Pascale Schmidiger (Vice-Présidente Conseil Régional), Adrian Daniel (Conseiller Général du Haut-Rhin, Maire Landser); Jean-Paul Meyer (Maire Blotzheim); Catherine Troendle (Sénateur, Maire Ranspach-le-Bas), Thierry Litzler (Maire Rosenau)



Der Trinationale Eurodistrict Basel und seine Mitgliedsgemeinden L'Eurodistrict Trinational de Bâle et ses communes membres



-  Communnes membres de l'ETB /
TEB Mitgliedsgemeinden
-  Communauté de communes
du Pays de Sierentz
-  Communauté de communes
de la porte du Sundgau
-  Communauté de communes
des Trois Frontières
-  Landkreis Lörrach
-  Communes du Landkreis Waldshut-Tiengen /
Gemeinden aus dem Landkreis Waldshut-Tiengen
-  Canton de Bâle-Ville / Kanton Basel-Stadt
-  Canton de Bâle-Campagne / Kanton Basel-Landschaft
-  Communes du canton de Soleure /
Gemeinden aus dem Kanton Solothurn
-  Communes du canton d'Argovie /
Gemeinden aus dem Kanton Aargau
-  Le Rhin / der Rhein



Schweizer Delegation – Délégation suisse

Delegationsbeschluss vom 16.03.2015

Bericht der Schweizer Delegation des Oberrheinrates

**zu ihrer Tätigkeit in den Jahren 2013/2014, inklusive Einschätzung zur
Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der
Oberrheinregion**

zuhanden der Regierungen und Kantonsparlamente von Aargau, Basel-Landschaft,
Basel-Stadt, Solothurn und Jura

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
1 Kompetenzen und Organisation des Oberrheinrats	3
2 Hauptthemen im Oberrheinrat	4
2.1 EuroAirport.....	4
2.2 Maut, gemeinsame Raumplanung.....	4
2.3 Energiewende und Umweltschutz	5
2.4 Lehrlingsaustausch und Zweisprachigkeit	5
3 Zur Rolle des Oberrheinrats im trinationalen Gefüge	6
4 Entwicklung der Oberrheinkooperation	6
4.1 Entwicklung der Trinationalen Metropolregion Oberrhein	6
4.2 Zunehmende Disparitäten und Ungewissheit wegen französischer Gebietsreform	7
4.3 Ein Abseits der Schweiz vermeiden	8
5 Antrag	8

Einleitung

Erstmals berichtet die Schweizer Delegation des Oberrheinrates zuhanden der fünf vertretenen Kantonsparlamente formell über ihre Tätigkeit in den Jahren 2013 und 2014. Damit einher geht eine Einschätzung zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Oberrheinregion. Ziel ist es, mit der neu gemeinsamen Berichterstattung zuhanden der Kantonsparlamente die Entwicklungen am Oberrhein breiter zu thematisieren und das Interesse und Verständnis für die grenzüberschreitende Sichtweise zu stärken.

Im Oberrheinrat hatten in der Berichtsperiode folgende Mitglieder der Kantonsparlamente Einsitz:

Aargau (3)	Roland Agustoni; Regula Bachmann; Walter Deppeler (2013); Hansjörg Erne (2014)
Basel-Landschaft (3)	Peter Brodbeck; Christoph Hänggi; Balz Stüchelberger; Elisabeth Augstburger (Ersatzmitglied)
Basel-Stadt (3)	Helmut Hersberger; Helen Schai; Heinrich Ueberwasser; Sarah Wyss (Ersatzmitglied).
Solothurn (1)	Hans Abt (2013); Hans Büttiker (2014)
Jura (1)	Emmanuel Martinoli (2013); Jean-Daniel Tschan (2014)

Den Delegationsvorsitz hatte der Basler Grossrat Helmut Hersberger.

1 Kompetenzen und Organisation des Oberrheinrats

Der deutsch-französisch-schweizerische Oberrheinrat¹ ist 1997 mit dem Ziel gegründet worden, die gegenseitige Information und Absprache unter den politisch Gewählten am Oberrhein zu verbessern. Als trinationales «Parlament» begleitet er die Arbeit der Oberrheinkonferenz (ORK)², welche bereits seit den siebziger Jahren die Regierungs- und Verwaltungsbehörden am Oberrhein verbindet. In der Oberrheinkonferenz arbeiten mehrere hundert Experten gemäss jeweiligem Fachgebiet zusammen.

Dem Oberrheinrat gehören 71 Mandatsträgerinnen und Mandatsträger aus dem Elsass (26), Baden (26), der Südpfalz (8) und der Nordwestschweiz (11) an. Grossmehrheitlich handelt es sich um Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg, des Landtags von Rheinland-Pfalz, elsässischen Mitgliedern des Regionalrates bzw. der Generalräte sowie um Nordwestschweizer Parlamentsmitglieder. Die vier Regionen bilden je eine Delegation.

Gemäss Gründungsvereinbarung fasst der Oberrheinrat Beschlüsse in Form von Resolutionen, die sich an die Oberrheinkonferenz, die nationalen, kantonalen und Landesregierungen und deren Vertreter oder an europäische Einrichtungen (z.B. das EU-Parlament) richten.

Der Oberrheinrat trifft sich jährlich zweimal zu Plenarversammlungen; 2013 in Rastatt und Freiburg i.Br. unter dem Präsidium von MdL Willi Stächele, 2014 in Landau und Germersheim unter dem Präsidium des Landauer Stadtrates Theo Kautzmann. Für 2015 ist der elsässische Präsident Philippe Richert zum Vorsitzenden gewählt worden. Das Präsidium für 2016 steht turnusgemäss der Schweizer Delegation zu.

¹ www.oberrheinrat.org

² www.oberrheinkonferenz.org

Der Oberrheinrat hat vier Kommissionen, bestehend aus 15 Mitgliedern. Der Baselbieter Landrat Peter Brodbeck hat den Vorsitz der Kommission Wirtschaft & Arbeitsmarkt. Die Kommission Verkehr & Raumordnung wird von Baden-Württemberg, die Kommission Kultur, Jugend & Bildung von Rheinland-Pfalz und die Kommission Umwelt & Landwirtschaft vom Elsass präsiert. Die Kommissionen tagen zweimal jährlich im Vorfeld der Plenarversammlungen.

Wichtiges Lenkungsorgan des Oberrheinrates ist der Vorstand. Er bereitet die Plenarversammlungen vor und ist für die Beziehungen mit den weiteren Institutionen am Oberrhein verantwortlich. Von Schweizer Seite haben Grossrat Helmut Hersberger (BS, Vizepräsident), Landrat Peter Brodbeck (BL) und Grossrat Roland Agustoni (AG) Einsitz.

Der Oberrheinrat verfügt bis heute über kein eigenes Budget. Die Kosten für die Geschäftsführung des Plenums müssen von jener Gebietskörperschaft übernommen werden, die während eines Jahres das Präsidium stellt. Die Nordwestschweiz wird 2016 wieder an der Reihe sein. In früheren Präsidiums Jahren hat die Kostenteilung zumindest unter den beiden Basel und dem Aargau gut geklappt. Die administrative Unterstützung wird vom baselstädtischen Parlamentsdienst und der Baselbieter Landeskantlei gewährleistet. Zur Zeit sind Bestrebungen im Gang, eine Sekretariatsstelle für den Oberrheinrat beim ORK-Sekretariat in Kehl einzurichten.

2 Hauptthemen im Oberrheinrat

2.1 EuroAirport

Am Beispiel des Steuerstreits rund um den binationalen EuroAirport zeigten sich 2014 die Chancen, aber auch die Grenzen der regionalen Zusammenarbeit. Die Akteure der Oberrhein Kooperation profitierten von ihrer guten Vernetzung und konnten gegenüber Frankreich rasch und konzertiert Stellung beziehen. Der Oberrheinrat intervenierte in einem Brief an den französischen Staatspräsidenten Hollande, die bisherigen Rahmenbedingungen mit einem binationalen Charakter des EuroAirport aufrecht zu erhalten. Die Schweizer Delegation kontaktierte zudem Bundespräsident Didier Burkhalter im Hinblick auf sein Treffen mit Hollande von Ende Oktober 2014. Dabei erinnerte sie an das Treffen der drei Staatschefs Mitterrand, Kohl und Delamuraz von 1989 in Basel und die damalige Unterzeichnung der Trinationalen Erklärung, in deren Zentrum der Aufruf stand, den grenzüberschreitenden Dialog zu vertiefen. Mit diesen Interventionen ist es gelungen, das wichtige Thema zuoberst auf die Agenda zu bringen. Es bleibt zu hoffen, dass der immer noch schwelende Konflikt über die Steuerhoheit am schweizerischen Teil des EuroAirports in diesem Jahr beizulegen.

2.2 Maut, gemeinsame Raumplanung

Mittels Resolution forderte der Oberrheinrat 2014 einstimmig, dass Überlegungen für eine gebührenpflichtige Strassennutzung in Deutschland – wenn überhaupt – auf Bundesautobahnen eingeschränkt werden, da auch in Frankreich und in der Schweiz lediglich die Nutzung der Autobahnen kostenpflichtig ist. Er warnte, dass die Einführung einer Maut auf Landes- und Kommunalstrassen den grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr im Oberrheingebiet massiv belasten würde und eine entsprechende Antwort der anderen Länder nicht auszuschliessen wäre.

Weiter unterstützte der Oberrheinrat eine von der Oberrheinkonferenz ausgearbeitete Willenserklärung zur verstärkten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Raumplanung. Bisher musste im Oberrheinraum ein Nachbar nur dann über ein Vorhaben informiert werden,

wenn es Umweltauswirkungen auf dessen Gebiet hatte. Nun wird die – allerdings letztlich weiterhin auf Freiwilligkeit beruhende – Informationspflicht auf Vorhaben mit relevanten territorialen Auswirkungen im Nachbarland ausgeweitet (z.B. Bau eines grossen Gewerbegebietes nahe der Grenze oder andere grössere Infrastrukturen).

2.3 Energiewende und Umweltschutz

Für die Wirtschaftsregion Oberrhein ist Energie ein zentrales Thema. An der Plenarversammlung des Oberrheinrats vom Juni 2013 warnte der damalige EU-Kommissar für Energie, Günther Oettinger, die Schweiz davor, im europäischen Energiemarkt abseits zu stehen.

Seit 2012 ein emotionales Thema im Oberrheinrat ist die Stilllegung des Kernkraftwerks Fessenheim. Die Debatten zeigten, dass sich die französische Delegation vehement gegen eine Schliessung wehrt, da dem Elsass ansonsten 50 Prozent seiner Energie und viele Arbeitsplätze verloren gehen würden. Im Sinne einer innovativen statt konfrontativen Lösungssuche forderte der Oberrheinrat deshalb 2013 weitgehende Abklärungen, ob auf dem Areal des heutigen KKW Fessenheim ein Gewerbegebiet mit Schwerpunkt «erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Kreislaufwirtschaft» entwickelt werden könnte. Die wirtschaftliche und energetische Transformation von Fessenheim solle in grenzüberschreitender Zusammenarbeit erfolgen.

Der Oberrheinrat wehrte sich auf Ersuchen der elsässischen Vertreter gegen Pläne der Behörden des Rhein-Maas-Beckens, Calciumchloridrückstände aus der Salzindustrie Lothringens über eine Pipeline in den Rhein zu leiten. Er bat auch die Internationale Kommission zum Schutz des Rheins um Unterstützung.

2.4 Lehrlingsaustausch und Zweisprachigkeit

Ende 2013 unterzeichnete der Präsident des Oberrheinrats die Vereinbarung zum Ausbau der grenzüberschreitenden Berufsbildung, welche zwischen dem Elsass, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zustande gekommen ist. Dank diesem Abkommen kann ein Auszubildender die theoretische Ausbildung im Heimatland und den praktischen Teil bei einem Unternehmen im Ausland absolvieren. Begegnet werden kann so gleichzeitig der Jugendarbeitslosigkeit im Elsass wie auch dem Lehrlingsmangel auf badischer Seite, und die Zweisprachigkeit und Mobilität der Jugendlichen wird gefördert. Die Schweiz nimmt am Abkommen bisher nicht teil. Die Schweizer Delegation des Oberrheinrates organisierte deshalb ein Treffen zwischen dem elsässischen Präsidenten Philippe Richert und Basler Wirtschaftsverbänden. In späteren Stellungnahmen betonten diese, dass elsässische Jugendliche für eine Lehrsausbildung in der Schweiz willkommen seien. Zum Zwei-Länder-Modell der Vereinbarung äusserten sie allerdings Vorbehalte.

Mit Verweis auf die 2013 verabschiedete «Oberrhein-Charta zur Förderung der Mehrsprachigkeit» forderte der Oberrheinrat den weiteren Ausbau bilingualer Züge an Grundschulen und bedauerte, dass solche in gewissen Gebieten des Oberrheins nicht weitergeführt werden. Die Schweizer Delegation hob das Positivbeispiel der zweisprachigen Klassen in Delémont hervor.

Ein weiteres Anliegen des Oberrheinrates war eine konsequente zweisprachige Beschilderung wichtiger touristischer Destinationen und historischer Stätten in der Oberrheinregion.

Nicht weitergeführt wird der vom Oberrheinrat zwischen 2003 und 2011 zweijährlich organisierte «Tag der Schulen am Oberrhein». Statt eines eigenen Begegnungstags werden künftig andere, von der Oberrheinkonferenz durchgeführte Jugendbegegnungen unterstützt.

3 Zur Rolle des Oberrheinrats im trinationalen Gefüge

Die Oberrheinkooperation bietet für die Nordwestschweiz die grosse Chance, in einem trinationalen Lebensraum mitzuwirken, der 6 Millionen Einwohner hat, ein Bruttoinlandprodukt (BIP) von gut 200 Mia. Euro erwirtschaftet – was etwa dem BIP Dänemarks entspricht – in dem mehr als 100'000 Grenzgänger arbeiten, 25 Universitäten und Hochschulen angesiedelt sind und der verkehrstechnisch im Herzen Europas liegt. Den grundlegenden institutionellen Rahmen für die Zusammenarbeit bildet die Oberrheinkonferenz. Sie verfügt über eigene personelle und finanzielle Ressourcen und über das Fachwissen der Verwaltungen. Damit ist sie es, die Projekte massgeblich initiiert und umsetzt.

Der Oberrheinrat kann auf Projektebene allerdings als Impulsgeber und Unterstützer mitwirken. Auch arbeiten die Kommissionen von Oberrheinrat und Oberrheinkonferenz teilweise sehr gut zusammen. Überlegungen, wonach der Oberrheinrat die Auswahl grenzüberschreitender Anstrengungen treffen soll (z.B. Erteilung von Aufträgen), wurden bisher nur zögerlich aufgenommen. Als politisches Gegengewicht zur verwaltungslastigen Oberrheinkonferenz verleiht er der Oberrheinkooperation aber mehr Legitimation. Der Wissens- und Meinungs- austausch im Oberrheinrat ermöglicht es den Mitgliedern ausserdem, Informationen aus dem trinationalen Raum und die Perspektive der Nachbarn ins eigene Parlament einzubringen.

Der Oberrheinrat erreicht mit manchen Anliegen eine breite Medienberichterstattung, zumindest auf deutscher und französischer Seite. Wie viel Wirkung die Resolutionen des Oberrheinrates letztlich haben, ist schwierig zu beurteilen. Oftmals ist er nur, aber immerhin eine Stimme in einem breiten Fächer von Anstrengungen, die bei den regionalen und nationalen Regierungen bzw. bei der Europäischen Union ein grenzüberschreitendes Anliegen vertreten und eine Stellungnahme einfordern. Auf Schweizer Seite koordiniert neuerdings die Nordwestschweizer Regierungskonferenz die Stellungnahmen der Kantone.

Der Oberrheinrat ist Teil der Governance, mit der die Oberrheinregion in Brüssel als grenzüberschreitende Modellregion Europas auftritt. Die Tatsache, dass die EU-Kommission die INTERREG-Fördergelder für den Oberrhein für die Periode V 2015-2020 noch einmal stark erhöht hat (109,6 Mio. gegenüber 67 Mio. Euro für die Periode IV), lässt darauf schliessen, dass die Region mitsamt ihrer Organisationsstruktur und ihrem «Parlament» Oberrheinrat in Brüssel eine hohe Anerkennung und Wertschätzung geniesst.

4 Entwicklung der Oberrheinkooperation

4.1 Entwicklung der Trinationalen Metropolregion Oberrhein

Im Dezember 2010 erfolgte die Gründung der «Trinationalen Metropolregion Oberrhein» (TMO)³; sie wird von der Bundesrepublik, Frankreich und der Eidgenossenschaft offiziell anerkannt. Die TMO baut auf vier Säulen auf: der Säule Politik (mit Oberrheinkonferenz, Oberrheinrat, den vier Eurodistricten und dem Städtenetz) sowie den Säulen Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Übergeordnetes Ziel ist die Weiterentwicklung des international starken Wirtschafts- und Wissensstandorts Oberrhein mit hoher Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger.

Die Erwartung, dass sich mit der Säule Politik eine breiter abgestützte politische Steuerung der Oberrheinkooperation ergibt, hat sich bisher nicht erfüllt. Allein eine enge Verzahnung von

³ www.rmtmo.eu

Oberrheinkonferenz und Oberrheinrat, wie sie von letzterem seit langem angestrebt wird, würde diese effiziente Zusammenarbeit ermöglichen. Es ist jetzt wichtig, dass die Regierungen diese Zusammenarbeit konkret fordern und unterstützen.

Gegenüber den anderen Säulen hat die Säule Politik keine Steuerungsberechtigung. Die Säulen, namentlich Wirtschaft und Wissenschaft, haben in Zusammenarbeit mit diversen Akteuren wie Gewerbeverbänden und Universitäten sowie den Arbeitsgruppen der Oberrheinkonferenz je eine eigene Dynamik entwickelt. Insgesamt ist mit der TMO-Struktur die ohnehin schwierig durchschaubare Oberrheinkooperation noch intransparenter geworden und der Koordinationsaufwand unter den Akteuren hat eher zugenommen. Zwar bestimmt die Spitze der Säule Politik jährlich einen «Sprecher», der die TMO in eine Richtung leiten und Erreichtes bürgernah nach aussen kommunizieren soll; 2014 war Regierungsrat Urs Wüthrich-Pelloli Sprecher. Kompetenzen und Ressourcen sind mit dem Amt aber nicht verbunden. Die Schweizer Delegation sieht bei der Struktur «TMO» klaren Handlungsbedarf.

Betreffend der Säule Zivilgesellschaft der TMO regt die Delegation an, die jährlich stattfindenden «Bürgerdialoge», mit denen die Bevölkerung einbezogen werden soll, zu überdenken. Unter den Teilnehmenden des letzten Bürgerdialogs vom 15. Nov. 2014 in Liestal fanden sich fast nur Fachpersonen. Mehr Bürgernähe würde sich womöglich ergeben, wenn die Bürgerdialoge auf Ebene der Eurodistricts angesiedelt würden.

Ausser Frage steht für die Delegation, dass am Oberrhein mit Unterstützung von INTERREG eine Vielzahl an wichtigen Projekten realisiert wird. Von manchen profitiert die Nordwestschweiz sehr direkt. Zu nennen sind etwa

- das trinationale Energienetzwerk TRION⁴ zur Förderung erneuerbarer Energien und dem Klimaschutz
- das trinationale Netzwerk «Neurex»⁵ zur Vernetzung der Universitäten im Bereich der Neurowissenschaften und Förderung von Start-ups
- «UpperRhine Valley»⁶ zur gemeinsamen touristischen Vermarktung des Oberrheins
- «Connecting Citizen Ports 21»⁷ zur Optimierung des Containertransports der Rheinhäfen

Die Oberrheinkooperation fördert ausserdem wichtige grenzüberschreitende Zusammenarbeiten, beispielsweise in der Katastrophenhilfe, wo regelmässig Szenarien (z.B. Erdbeben) beübt werden. In diesem Bereich besteht allerdings weiterhin grosser Handlungsbedarf.

4.2 Zunehmende Disparitäten und Ungewissheit wegen französischer Gebietsreform

In der Oberrheinregion sind die Teilregionen in Bezug auf den wirtschaftlichen Wohlstand in den letzten Jahren weiter auseinandergeriffet. Das Elsass kämpft mit einer massiven Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig stagniert die Zahl elsässischer Grenzgänger, auch wegen abnehmenden Deutschkenntnissen.

Die – vom Elsass entschieden abgelehnte – französische Gebietsreform, die das Elsass bereits auf 2015 mit der Lorraine und Champagne-Ardenne zu einer Grossregion fusioniert, schafft

⁴ www.trion-climate.net

⁵ www.neurex.org

⁶ <http://www.upperrhinevalley.com>

⁷ www.citizenports.eu

eine Region, die anderthalb mal so gross ist wie die Schweiz. Ob diese künstliche Zusammenlegung mit anderen Ausrichtungen und differierenden historischen Wurzeln in der Praxis gelingt, bleibt fraglich. Was dies für die Oberrheinkooperation bedeutet, ist offen; der Oberrheinrat ist jedenfalls sehr besorgt. Eine politische Schwächung des Elsass und seiner bisherigen Hauptstadt Strasbourg wäre fatal. Grundsätzlich kann das Elsass auch als Teil einer Grossregion unverändert an der Oberrheinkooperation teilnehmen; die beiden Bundesländer Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, die nur mit ihrem südlichen Teil dabei sind, beweisen dies seit Jahren erfolgreich.

4.3 Ein Abseits der Schweiz vermeiden

Die Schweiz hat mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative Unsicherheit in der Oberrheinkooperation ausgelöst, insbesondere in der Frage der künftigen Behandlung der Grenzgänger sowie in der Forschung, wo die Schweiz von der EU nur noch als Drittstaat klassiert wird.

Weiter ist festzustellen, dass die Europäische Union die Interreg-Fördermittel für 2015-2020 substanzieller erhöht hat als die Schweizer Kantone und der Bund. Die EU steuert die erwähnten 109,6 Mio. Euro bei (+63%), Kantone und Bund voraussichtlich rund 20 Mio. Franken, was maximal einer Erhöhung um +25% entspricht. Damit wird die Schweizer Seite schon aus diesem Grund bei manchen Projekten abseits stehen. Die deutsch-französische Achse geht aber auch aufgrund ihrer EU-Verbundenheit immer rascher gemeinsam voran.

Umso wichtiger ist es, dass die Nordwestschweiz Fachpersonen in die Oberrheinkooperation delegiert. Bisher scheint die Beteiligung der kantonalen Fachpersonen zufriedenstellend. Die Schweizer Delegation appelliert an die Kantonsregierungen, sicherzustellen, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Pflichtenheften der Verwaltungsstellen verankert ist.

5 Antrag

Die Schweizer Delegation des Oberrheinrates beantragt den Parlamenten der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Solothurn und Jura, vom Zweijahres-Bericht der Delegation Kenntnis zu nehmen.

Im Namen der Schweizer Delegation



Helmut Hersberger
Grossrat Basel-Stadt, Delegationsleiter



Peter Brodbeck
Landrat Basel-Landschaft, Vorstandsmitglied



Roland Agustoni
Grossrat Aargau, Vorstandsmitglied

Erklärung der wichtigsten Gremien und Programme

Districtsrat: Politischer Beirat des Trinationalen Eurodistricts Basel. Er begleitet die Ziele und Projekte von Vorstand und Mitgliederversammlung des Eurodistricts und kann Anträge, Stellungnahmen und Resolutionen verfassen. Er besteht aus 50 Mitgliedern. Die Nordwestschweiz stellt 20 (Basel-Stadt 8: 7 der Grosse Rat und 1 die Landgemeinden), die französische und die deutsche Seite je 15 Mitglieder. Einsitz haben Parlamentsmitglieder, Bürgermeister, Maires und Gemeinderäte. > www.eurodistrict.basel.eu

Infobest Palmrain: Informations- und Beratungsstelle für grenzüberschreitende Fragen mit Standort auf der Palmrainbrücke. > www.infobest.eu

Internationale Bauausstellung IBA Basel 2020: Prozess, der zu aktuellen Fragen der Stadt- und Regionalentwicklung innovative und qualifizierte Antworten sucht und diese vermittelt. Die IBA Basel 2020 mit dem Leitmotiv „Gemeinsam über Grenzen wachsen“ ist die erste transnationale IBA. Träger ist der Trinationale Eurodistrict Basel. > www.basel-iba.net

Interreg: Seit 1990 bestehendes Programm der EU zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit; der Bund leistet einen Beitrag im Rahmen der Neuen Regionalpolitik des Bundes. Bekannte realisierte Projekte: das Infobesten-Netz, der Oberrheinische Museums-Pass, Trinationale Studiengänge, Universitäts-Kooperation Eucor, IBA Basel 2020) > www.interreg-oberrhein.eu

Metropolitankonferenz Basel: Plattform der Nordwestschweizer Regierungskonferenz (*2012) für die regionale Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Hauptziel ist die koordinierte, verstärkte Interessensvertretung der Region auf Bundesebene. > www.metropolitankonferenz-basel.ch

Nordwestschweizer Regierungskonferenz: Zusammenschluss (*1971) der Kantone SO, BS, BL, AG und JU zur gegenseitigen Information auf Regierungsebene und zur wirkungsvollen Vertretung der Region gegenüber Bund und anderen Regionen. Die Kantone Bern und Zürich sind assoziierte Mitglieder. > www.nwrk.ch

Oberrheinrat: Politischer Beirat der Oberrheinregion (*1998), welcher die Zusammenarbeit der Exekutiven bzw. der Verwaltungen in der Oberrheinkonferenz ergänzt. Der Oberrheinrat diskutiert grenzüberschreitende Fragen und Probleme und verabschiedet Resolutionen, primär zuhanden der nationalen Regierungen. Er besteht aus 71 Volksvertretern von Nord- und Südbaden, der Südpfalz, dem Elsass und der Nordwestschweiz (11). > www.oberrheinrat.org

Oberrheinkonferenz: Staatsvertraglich verankerter institutioneller Rahmen der regionalen Zusammenarbeit am Oberrhein mit dem Ziel, gemeinsame Projekte zu realisieren und grenzüberschreitende Probleme zu lösen. Ständige Plattform für Regierungsvertreter und rund 600 Fachleute aus den Partnerverwaltungen der Region in Bereichen wie Raumplanung, Klimaschutz, Katastrophenhilfe, Bildung etc. > www.oberrheinkonferenz.org

Regio Basiliensis/IKRB: Einerseits privater Verein, andererseits auch Interkantonale Koordinationsstelle (IKRB) von BS, BL, AG, SO und JU für die trinationale Zusammenarbeit am Oberrhein. Erfüllt somit auch staatliche Funktionen. > www.regbas.ch

Trinationaler Eurodistrict Basel: Die Plattform der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften in der Stadtregion Basel. Verein nach französischem Recht (*2007) mit aktuell gut 85 Mitgliedern in vier Schweizer Kantonen, zwei Landkreisen in Deutschland und drei Communautés de Communes in Frankreich. Neben dem Districtsrat kennt der Eurodistrict

einen 27-köpfigen Vorstand (9 pro Land), der die laufenden Geschäfte bestimmt, und eine Mitgliederversammlung, welche über die generelle Ausrichtung des Vereins beschliesst und Budget und Rechnung genehmigt. > www.eurodistrict.basel.eu

Die drei weiteren Eurodistricte am Oberrhein sind: Eurodistrict Region Freiburg/Centre et Sud Alsace, Eurodistrict Strasbourg-Ortenau, Eurodistrict Regio Pamina.

Trinationale Metropolregion Oberrhein: Im Dezember 2010 gegründet und von den Regierungen der Schweiz, Deutschlands und Frankreichs staatlich anerkannt. Ihr Ziel ist, die Entwicklung des Oberrheingebietes zu einer europäischen Region mit höchster Wettbewerbskraft und mit einem attraktiven Lebensraum nachhaltig zu fördern. Die TMO hat vier Säulen: Politik, Wirtschaft, Wissenschaft/Forschung und Zivilgesellschaft. In der Säule Politik gruppieren sich die vier Hauptpartner Oberrheinkonferenz, Oberrheinrat, das Städtenetz und die vier Eurodistricte. > www.rmtmo.eu

Die Kooperationsräume Eurodistrict sowie Oberrheinregion

